

Mitteldentscher Börsenkurier

Sonntag, den 21. Oktober 1923

Die mit „*“ versehenen Artikel, Notizen und Kurse sind Originalarbeiten und dürfen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden

Seite 7

Zur Danziger Währungsreform

* H. H. Danzig, Mitte Oktober.

Daß die Einführung der Goldwährung in Danzig nicht ohne wirtschaftliche Erschütterungen vorantreiben würde, darüber sind sich Regierung und Wirtschaftskreise der Freien Stadt von vornherein klar gewesen. Tatsächlich sind denn auch schon die bisher getroffenen vorbereitenden Maßnahmen, durch die in der Praxis der Übergang zur Goldwährung bereits größtenteils vollzogen ist, von schwerwiegendem Einfluß auf das Danziger Wirtschaftsleben gewesen.

Mit der Einführung wertbeständiger Löhne im Anschluß an den Generalstreik im August hatte es begonnen. Schon damals sahen sich mehrere industrielle Werke, die nicht in der Lage waren, die vertraglich festgesetzten neuen Löhne in Höhe des halben Friedenslohnes zu zahlen, zu mancherlei Betriebsbeschränkungen veranlaßt, die sich in Arbeiterentlassungen, Verkürzung der Arbeitszeit und stellenweise in völliger Stilllegung der Betriebe äußerten. Die Lage verschärfte sich, als unter starker Erhöhung der Preise die Zahlungen für Gas, elektrisches Licht, die Mieten für Grundstücke, Läden und Wohnungen sowie die Fahrpreise der Staats- und Straßenbahn in Goldmark festgesetzt und die Steuern der Markterwertung von Monat zu Monat angepaßt wurden. Auch im Handel schritt man zu äußerster Einschränkung, so daß zahlreiche Angestellte entlassen wurden.

Um für Industrie und Handel eine Erleichterung in der Lohnabrechnung zu erzielen und außerdem die ganze Wirtschaft stabiler zu gestalten, wurde von dem allgemeinen Arbeitgeberverband im September die Auszahlung der wertbeständigen Löhne in Goldmark beschlossen. Die Durchführung dieser Einrichtung scheiterte jedoch zunächst an dem Widerstand der Arbeiter. Die Gewerkschaften lehnten die Auszahlung der Löhne in Industriechecks ab, weil der bisher aus Dollar- und Teuerungsziffer errechnete Wert des Goldpfennigs in Papiermark höher war als der des reinen Goldpfennigs und außerdem der Goldmarkschek bei fallendem Dollar an Kaufkraft gegenüber der Papiermark einbüßte. Die Arbeitgeber ihrerseits wollten von einer Beibehaltung der komplizierten Berechnung des Goldpfennigwertes nach dem Index nichts wissen. Inzwischen ist eine Klärung erfolgt, so daß ein Abkommen auf sechs Wochen getroffen werden konnte, das eine Lohnzahlung in Industrie-Goldschek unter Heranziehung der Grundlöhne vorsieht. Die Geschäfte haben sich auf Annahme der Industriechecks eingestellt. Auch die Krankenkassen sind zur Berechnung in Goldmark übergegangen.

Inzwischen wird auch die staatliche Währungsreform zur Durchführung kommen. Für die nach der Ende September in Genf mit Polen getroffenen Vereinbarungen die Bahn frei ist. Die Anfang Oktober in London zur Finanzierung der neuen Danziger Währung geführten Verhandlungen haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Da jedoch die Währungsreform kaum vor dem 1. Januar 1924 durchgeführt sein wird, geht der Senat sofort an die Einführung einer Zwischenwährung heran, bei der der Danziger Gulden zwar nicht gesetzliches Zahlungsmittel sein, aber als Rechnungseinheit mit Kasenzwang in den Verkehr gebracht wird.

Schon in den nächsten Wochen sollen Goldscheine zu 1 Danziger Gulden sowie 50, 10, 5 und 1 Danziger Pfennig in den Verkehr gebracht werden, wofür von der Bank als Deckung englische Pfunde zu hinterlegen sind. Die Reichsmark bleibt während der Dauer der Zwischenlösung allerdings gesetzliches Zahlungsmittel. Für den Bestand der Mark sind weitgehende Sicherungen vorgesehen. Keine auf Reichsmark oder eine andere Währung lautende privatrechtliche Forderung darf ohne Zustimmung des Gläubigers wie das Schuldtitel in eine auf Gulden lautende umgewandelt werden. Der Einzelhandel darf seine Preise nur in Reichsmark oder Gulden stellen und keine Zahlungen in anderer Währung verlangen. Vom 10. November ab dürfen auch keine Zahlungen in anderer Währung angenommen werden. Bis zum 1. Februar 1924 muß alles Notgeld und die Reichsmark aus dem Verkehr gezogen sein. Man vermutet ein noch früheres Verschwinden der Papiermark, da sich schon jetzt alles außer den Behörden den Industriechecks zugewendet hat.

* Die englische Industrie gegen die Inflationspolitik. Zu unserer letzten Meldung über die geplante Inflation in England meldet unser Londoner Mitarbeiter, daß aus den Kommentaren der englischen Presse zu der Rede des Arbeitsministers hervorgeht, daß der Versuch eines Teiles der englischen Industrie, die Regierung zu einer Inflationspolitik zu veranlassen, als endgültig gescheitert zu betrachten ist. Ein kleiner, aber einflußreicher Teil der englischen Montanindustrie, der seit längerer Zeit mit der Stinnesgruppe in Deutschland wirtschaftliche und politische Beziehungen unterhält, hat vor einigen Wochen schon angeregt, daß die Regierung die Darlehensbedingungen für Industriekredite verbilligen sollte, indem sie für 100 Millionen Pfund neue Banknoten

ausgibt. Diese Anregung, die nur beim Verbands der englischen Fabrikanten Unterstützung gefunden hat, stieß sofort auf den lebhaftesten Widerspruch der Finanzsachverständigen, der Regierung und der Londoner Großbanken, die von einer derartigen Maßnahme nur eine Scheinbütte der Industrie befürchten.

* Sächsische Bodencreditanstalt in Dresden. Die Bank erhöht ihr Einlageangebot in der Weise, daß sie den 1000fachen Betrag des Nennwertes der kleinen und der wegen Ablaufs der Zinscheinbogen gekündigten Hypotheken-Pfandbriefe erstattet, wenn die Einlösung bis zum 15. November d. J. erfolgt.

* Eschweller Bergwerksverein. Der Anteil an der Interessengemeinschaft ist mit 131,4 Millionen Mark in der Bilanz ausgewiesen (22,1); Dividendenvorschlag wieder 15 Proz. Nach dem Bericht war zum Schluß des Geschäftsjahres die Leistung um 150 Proz. des Vorjahres gesunken. Die geringe und unregelmäßige Förderung hat das Ergebnis außerordentlich ungünstig beeinflusst. In Anbetracht der unsicheren Verhältnisse sei es unmöglich, die weitere Entwicklung auch nur für einen kürzeren Zeitraum zu überschauen.

* Mansfeld, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, in Eisleben. Die Verwaltung beschloß, einer auf den 14. November in Leipzig einberufenen a. o. G.-V. Erhöhung des Stammkapitals um 250 Millionen vorzuschlagen. Die neuen Aktien sollen teils für Rechnung der Gesellschaft zur Beschaffung neuer Mittel verwendet werden, teils sollen sie für sich selbst, später bietende Gelegenheiten verwendet werden. Ein Bezugsrecht ist diesmal nicht in Aussicht genommen worden. Ferner soll der G.-V. die Ausgabe von 50 Millionen mehrstimmiger Vorzugsaktien vorgeschlagen werden.

* Rhein-Handelskonzern A.-G. in Düsseldorf. Am 27. Oktober findet eine Aufsichtsratsitzung der Stock & Co. A.-G. in Düsseldorf statt, um zu einer neuen Aktienausgabe Stellung zu nehmen. Nach der „Köln. Volkszeitung“ sollen an eine ausländische (französische-englische) Gruppe 150 Millionen Mark junge Aktien unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre zu je 50 französischen Franken für die Aktie begeben werden. Die Aktionäre von Stock & Co. erhalten eine Zwischendividende von 50 Franken für jede Aktie, wobei die Einzelheiten der Umrechnung in Papiermark noch Gegenstand von Verhandlungen sind. Die Aktienmehrheit der Stock-A.-G. bleibt weiter beim Rhein-Handelskonzern.

* Blechwarenfabrik und Verzinkerei Köttschau, A.-G. Die G.-V. genehmigte sämtliche Punkte der Tagesordnung, u. a. Bilanz, Reingewinn (wird voll der gesetzlichen Reserve zugeführt), Entlastung und Kapitalerhöhung um 15 Millionen Mark. Die jungen 3000 Aktien über je 5000 Mark werden der Vermögensverwaltung-G. m. b. H. zu 10000 Prozent übergeben, mit der Maßgabe, sie zu einem vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Kurse zu verwerten und 90 Prozent des erzielten Betrages der Köttschau-A.-G. zuzuführen. 3,75 Millionen Mark werden den Aktionären im Verhältnis 4:1 angeboten. Gegen alle Anträge erhob eine kleine, aber gut geführte Opposition Einspruch und gab zu sämtlichen Beschlüssen Protest zu Protokoll. Bei der grundsätzlichen Bedeutung dieser G.-V. und ihrer Beschlüsse sehen wir uns veranlaßt, eingehend auf die Verhältnisse bei der Gesellschaft und auf Geschäftsbericht wie Bilanz zurückzukommen.

* A.-G. für Kartonagenindustrie in Loschwitz-Dresden. Vom Reingewinn von 5591 (i. V. 53) Millionen Mark gehen ab an Unkosten 1726 (16), Beamten- und Arbeitsversicherungen 109 (1), Steuern 822 (3,7) Millionen Mark. Abzüglich Abschreibungen und Zuweisung zum Werkneuerungskonto bleibt ein Reingewinn von 2861 (15) Millionen Mark, aus dem 2090 (40) Proz. Dividende verteilt werden. — Der Geschäftsgang wird als im allgemeinen befriedigend bezeichnet. — In der Bilanz sind Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und Potentiale abgeschrieben (i. V. 3 Millionen Mark). Vorräte erscheinen mit 1284 (24), Debitoren mit 4064 (44), Bankguthaben mit 3399 (2), Kasse und Wechsel mit 107 (0,1), Effekten und Depots mit 11,8 (0,2), Kreditoren mit 4743 (31) Millionen Mark.

* Kell & Löser, A.-G. für Hoch- und Tiefbau, in Leipzig. In der G.-V. wurde beschlossen, das Aktienkapital um 4 Millionen Mark neue Stammaktien auf 40 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden von einem Bankenkonsortium unter Führung der Ades, Leipzig, übernommen. Sie dienen zum Teil zur Rückersatzung von Aktien, die der Gesellschaft von Großaktionären vor einiger Zeit teilweise zur Verwertungswirken zur Verfügung gestellt wurden, teils sollen sie für Rechnung der Gesellschaft im Interesse der Beschaffung neuer Mittel verwendet werden.

* Leipziger Spitzfabrik Barth & Co., A.-G. Das Geschäftsjahr schließt nach 4,3 (i. V. 0,15)

Millionen Mark Abschreibungen und 300 (—) Millionen Mark Rückstellungen mit einem Reingewinn von 21,9 (3,8) Millionen Mark ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Eine Dividende wird nicht verteilt (i. V. 30 + 10 Prozent Bonus). — Der Geschäftsbericht stellt fest, daß der Betrieb im ganzen Jahr voll aufrechterhalten blieb. In letzter Zeit ging das Inlandsgeschäft stark zurück, eine Belebung des Exportgeschäfts hat den Ausfall nicht wettmachen können. — In der Bilanz erscheinen die Vorräte mit 2045 (18,5), Schuldner mit 2022 (1,6), Gläubiger, Übergangsposten und Sinnerückstellungen mit 5475 (16,7) Millionen Mark. Die Rücklagen sind mit insgesamt 353 (2) Millionen Mark angeführt.

* Tüll- und Gardinen-Weber, A.-G., in Plauen i. V. Vom Reingewinn von 463 (6) Millionen Mark bleibt nach Abzug von 153 (2) Millionen Mark Unkosten, 16 (0,3) Millionen Mark Abgaben und 3 (0,2) Millionen Mark Abschreibungen ein Reingewinn von 294 (3,5) Millionen Mark, aus dem 500 (30) Proz. Dividende verteilt, 50 (0,1) Millionen Mark für Rückstellungen, 10 (0,07) Millionen Mark für soziale Zwecke und 70 (0,2) Millionen Mark für satzungsgemäße Vergütungen verwendet werden. — Der Geschäftsbericht erwähnt ein ständig sinkendes Geschäft, da die Preise allmählich die Weltmarktpreise übersteigen. — Die Bilanz führt an: Kasse 3,6 (0,02), Außenstände 729 (6,6), Vorräte 944 (12,7), Rückstellungen 590 (0,5), Verbindlichkeiten 620 (7,7) und Übergangsbilanzrechnung 140 (1,2) Millionen Mark.

* Ellenburger Kattun-Manufaktur, A.-G. Von 1538 (i. V. 23) Millionen Mark Reingewinn bleibt nach Abzug der Unkosten von 984 (18) Millionen Mark und Abschreibungen von 18 (0,08) Millionen Mark ein Reingewinn von 536 (3) Millionen Mark, von dem 137 (4) Millionen Mark für Rücklagen, 248 (0,5) für Vergütung an Beamte verwendet und 151 (0,07) Millionen Mark vorgetragen werden. Dividende wird nicht verteilt (i. V. 50 Proz.). — Nach dem Geschäftsbericht konnte der Betrieb voll aufrechterhalten werden. Aufträge liegen noch genügend vor. — In der Bilanz erscheinen Vorräte mit 723 (2), Kasse mit 4 (0,5), Schuldner mit 140 (13), Gläubiger mit 249 (7), Rücklagen mit 82 (3) Millionen Mark.

* August Walther & Söhne, A.-G., in Orlitzdorf. Die a. o. G.-V. beschloß, in teilweise Abänderung der ursprünglichen Vorschläge, eine Kapitalerhöhung um 30 Millionen Stammaktien und um 1 Million Mark Vorzugsaktien auf 56 Millionen, unter Einräumung eines Bezugsrechtes auf die am 1. Januar 1923 gewinnberechtigten Aktien im Verhältnis 4:1 zu einem später noch von der Verwaltung festzusetzenden Kurs, 18 Millionen der neuen Aktien werden bis 1930 zur Verfügung der Verwaltung gehalten der überhaupt für Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung, sowie die übrigen Einzelheiten abzulesen bleiben.

* Universum-Film-A.G. (Ufa) in Berlin. Vom Reingewinn von 7188 (i. V. 104) Millionen Mark bleibt nach Abzug der Unkosten und Abschreibungen von 5195 (45) Millionen Mark ein Reingewinn von 2001 (59) Millionen Mark, aus dem 700 (90) Proz. Dividende ausgeschüttet werden. Geringe Lieferungen von je 10 Dividendscheinen wird eine Ufa-Aktie zum Kurse von 7000 Proz. Durchschnittskurs des abgelaufenen Geschäftsjahres verabsolgt. — In der Bilanz erscheinen die Beteiligungen nach Abschreibung von 398 Millionen Mark mit 100 (100) Millionen Mark, der Reserverfonds mit 13000 (612) Millionen Mark. — Der Geschäftsbericht stellt ein befriedigendes Geschäft, namentlich auch im Ausland, fest.

* Richard-Oswald-Film in Berlin. Wie berichtet wird, soll die G.-V. auch über Kapitalerhöhung beschließen, wobei ein wertvolles Bezugsrecht für die Aktionäre herauskommen soll.

* ap Industrie- und Siedlungsbau-A.-G. in Köln. Wie wir hören, hat die Gesellschaft erneut große Aufträge in Köln erhalten und infolgedessen 400 Arbeiter neu einstellen müssen. Die Zahl der Arbeiter beträgt jetzt rund 1000. Der vorliegende Auftragsbestand, für den die benötigten Materialien zum großen Teile bereits vorteilhaft beschafft sind, sichert für auf lange Zeit Beschäftigung.

* Preuß & Co., A.-G. in Leipzig. Der in der Bezugsanforderung angekündigte Betrag zur Abgeltung der Bezugsrechte, der neben dem Bezugskurs von 100000000 Proz. von den betreffenden Aktionären zu zahlen ist, beläuft sich auf 1200000000 Proz., so daß für eine junge Aktie 1200000000 Mark zuzüglich Börsenmakulatur zu entrichten sind.

* Die Bruttoeinnahmen der Canadian Pacific-Eisenbahn betragen in der zweiten Oktoberwoche 5193000 \$. Das bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme um 46000 \$.

* Die Suez-Kanal-Gesellschaft beschloß, die Gebühren ab 1. 1. 1924 für die Durchfahrt um 25 Centimes herabzusetzen. Schiffe mit Ballast zahlen 5 Fr. per Tonne.

46933 Billionen Notenumlauf

Die Wochenübersicht der Reichsbank vom 6. Oktober weist im einzelnen folgende Zahlen auf:

Activa	1923	1922
Metallbestand	30 554,00	(unverändert)
Darunter Gold	443,93	(unverändert)
Umsatz Kassenbest.	432,52	(unverändert)
Banknoten	46 933,00	(+ 18 704 185 920,33)
Landesdepot	11,30	(unverändert)
Kassenscheine	875 471 825,20	(+ 65 592 455,83)
Noten auf Banken	447 170,11	(+ 313 946,76)
Wechsel und Schecks	6 601 917 206,22	(+ 2 941 822 935,88)
Diskont-Schatz-anweisung	70 231 475 136,76	(+ 25 015 250 774,47)
Lombard	202 028 017,86	(+ 128 307 014,20)
Effekten	814 892 319,32	(+ 812 780 742,54)
Sonstige Aktiva	3 234 797 280,36	(+ 2 591 400 310,15)
Passiva	180	(unverändert)
Grundkapital	180	(unverändert)
Reservefonds	160,5	(+ 18 704 185 920,33)
Notenumlauf	46 933 001 414,75	(+ 18 704 185 920,33)
Reichs- und Staats-guthaben	9 595 026 461,96	(+ 8 767 192 861,06)
Privatguthaben	17 548 342 845,20	(+ 8 787 192 861,06)
Sonstige Passiva	9 974 667 028,44	(+ 2 608 842 347,55)

Alles in Millionen.

Der Bericht des WTB, gibt dazu noch folgende Angaben:

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 6. d. M. ergibt, hat sich während der ersten Bankwoche im Oktober das Tempo der Zunahme der von der Bank zu befriedigenden Ansprüche an Kredite und an Zahlungsmitteln verlangsamt. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 28 963,7 (gegen 33 982,1 in der Vorwoche) auf 77 940,3 Billionen Mark, und zwar erhöhten sich das Schatzanweisungskonto um 25 015,3 auf 70 231,5, das Wechselportfeuille um 2941,8 auf 6001,9, das Lombardkonto um 130,8 auf 292,3 Billionen Mark. Die Vermehrung der Schatzanweisungsbestände ist, wie seit langem, ausschließlich auf neue Kreditanforderungen des Reiches zurückzuführen. Der Zugang zum Wechselkonto — soweit er nicht in diskontierten Schecks und ganz kurzfristigen Inkassowechseln bestand — enthält

große Beträge, die der Finanzierung der Lebensmittelversorgung

dienen. Die neu ausgetheilten Lombardkredite wurden in der Hauptsache als wertbeständige Darlehen erteilt. Von den neu bewilligten Kreditbeträgen blieben 10 176,8 Billionen Mark der Bank auf den Konten der fremden Gelder belassen, die sich dadurch auf 21 148,4 Billionen Mark ausdehnten. Die Steigerung der Banknotenausgabe erreichte diesmal nicht ganz den in der Vorwoche ausgewiesenen Betrag, der Umlauf wuchs um 18 704,2 auf 46 933 Billionen Mark. Der Goldbestand änderte sich nicht.

Da die Ausleihungen der Darlehenskassen des Reiches in der Berichtswache von 941,1 auf 375,5 Billionen Mark zurückgingen, verminderten sich die Bestände der Reichsbank an Darlehenskassenscheinen entsprechend um 65,6 auf 875,5 Billionen Mark.

* Präsident Dr. Havenstein berichtete im Zentralausschuß über die Entwicklung des Status der Reichsbank über die Zeit vom 24. September bis 6. Oktober und legte den vom Reichsbankdirektorium aufgestellten Entwurf einer Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes vor. Die Änderungen gegenüber dem am 9. d. M. einstimmig gebilligten Entwurf sind dadurch notwendig geworden, daß die in zwischen verabschiedete Verordnung über die deutsche Rentenbank gegenüber dem Gesetzentwurf über die Währungsbank mehrere wesentliche Änderungen erfahren hat. Die G.-V. vom 9. Oktober hatte für einen solchen Fall die Direktion ermächtigt, die sich ergebenden Änderungen des Bankgesetzes lediglich von der Zustimmung des Zentralausschusses abhängig zu machen. Der Zentralausschuß stimmte dem Verordnungsentwurf einstimmig zu.

Dieser offiziellen Mitteilung sei hinzugefügt, daß der Präsident bezüglich des Handelswechselbestandes der Reichsbank betonte, er bestehe etwa zur Hälfte aus Inkassowechseln (die keine Kreditgewährung darstellen), im übrigen überwiegend in der anderen Hälfte die kurzfristigen, d. h. die 5—6tägigen Wechsel. Alle langfristigen Wechsel werden, wie von früher her bekannt, auf wertbeständige Basis hindrängt.

Neue Gesellschaften

* Hovad, Hamburger Versicherungs-A.-G. Unter diesem Namen wurde in Hamburg eine neue Gesellschaft mit 100 Millionen Mark Kapital gegründet, davon 6 Millionen Mark Vorzugsaktien. Die Gesellschaft will das Rückversicherungsunternehmen in allen seinen Zweigen in In- und Ausland betreiben.

* In Die Braunschweigischen Blechwerke in Sassen am Harz wurden mit einem Kapital von 30 Millionen Mark Stamm- und 2 Millionen Mark Vorzugsaktien in eine A.-G. umgewandelt.

* In Karl Rockmann, A.-G., in Aschersleben mit einem Aktienkapital von 16 Millionen Mark. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von sämtlichen Artikeln der Feinmechanik.



Nicht den Preis entscheidet, sondern die Qualität. Feurio enthält 30% Fett, Kernseifen nur 60%. Feurio ist daher im Gebrauch viel sparsamer und schon die Wäsche ungleich mehr.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart G.m.b.H.